

er zu entziehen.  
er letzte, erzielte  
e gelang ihm  
ung zum Halten  
Briefsache zu  
er ist im Duessel

der Kosten sehr  
unwirtschaftlich.  
haben ganz un-  
le Bevölkerung  
nicht nur auf  
h auf die wic-  
d selbst lebend-  
en Geschäftslinien  
er holländischer  
ert beladen wer-  
liche Linie zu  
Ergebnissen  
gemeldet.

sicher.

der Getreide- und  
der Reichsregierung  
Getreideverschle-  
bewohner im In-

an dieser Stelle  
Ph. Siever Sohn

zur Zeit in Naunhof —

uk!

5.

Naunhof

ab 8. 8 Uhr  
im goldenen  
Stern.

wahl.

gefangenen  
Oktober  
atskeller.

Hühner  
verkaufst  
straße 17.

Kunst!

Leben, Cha-  
sal, Geschäft und  
Geschäft, Feind-  
lich, berechte ich  
Blick. Senden  
Istag und Jahr,  
nen was kommt  
Preis 8 Mark,  
1.50 mehr.  
elben. Barkow  
äsel B. 1107.

friesische  
fahne  
verkaufen  
straße 23.

Lebens-  
Groß-  
schaftsförder-  
herr-  
1.

Knorr  
öhrigen.

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Edmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Werkzeit wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr  
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, 1/2 Monat Mk. 2.—,  
ohne Illustration, Post einfach, der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer  
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Schwierigkeiten des Betriebes, hat der Bezieher  
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die gespaltenen Korpuszettel 20 Pf., ausserdem 1.— Mk. für  
höheren Teil Mk. 2.—. Anzeigenpreise für die Ausgabe pro Hundert Mk. 2.—.  
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erhebungstages,  
größer noch früher. — Alle Anzeigen-Berichtigungen nehmen aufdrucke entgegen.  
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Güntz & Söhne, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 122

Freitag, den 14. Oktober 1921

32. Jahrgang

### Amtliches.

#### Allgem. Ortskrankenkasse Grimma-Land.

Die Geschäftsstelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse Grimma-Land in Grimma, Kreuzstr. 11, bleibt am Montag, den 17. und Dienstag, den 18. Oktober d. J. wegen Reinigung geschlossen.

Dringliche Angelegenheiten werden am 17. u. 18. Oktober 1921 in der Zeit von 11—12 Uhr vormittags erledigt.

#### Der Vorstand.

##### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Der Genfer Teilsungsplan steht vor, daß außer den Kreis Plesch und Rybník die Bezirke Kattowitz und Königshütte Polen zugewiesen werden und daß während einer Übergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrecht erhalten werden soll.

\* Der deutsche Botschafter in Paris hat ebenso wie der in London Vorträge wegen der schlimmen Folgen einer Loslösung Oberschlesiens erhoben.

\* Das Reichskabinett hält mehrere Beratungen über die oberschlesische Frage ab. Die Gerüchte über Zwistigkeiten im Kabinett werden als falsch bezeichnet.

\* Die Regierungsparteien sind der Ansicht, daß das Kabinett bei einem ungünstigen Bescheid über Oberschlesien voraussichtlich zurücktreten wird.

\* König Alexander von Serbien beabsichtigt, auf den Thron zu verzichten.

Behandlung, als seine Vorgänger erfuhren, und die Parteien, die glaubten, daß es Herrn Dr. Wirth gelingen werde, endgültig den Weg zur Verständigung mit Frankreich zu finden, werden heute zugeben müssen, daß sie damit grausam enttäuscht worden sind.

Nichts könnte in einem solchen Augenblick unsere Lage noch mehr verschlimmern, als wenn eindeutiger Parteistreit in diese deutsche Schicksalsfrage hineingebracht würde. Vor allem die Oberschlesier, ihre Parteien und Gewerkschaften würden es nicht begreifen und würden es niemals verzeihen, wenn nicht das ganze Reich wie ein Mann gegenüber dieser Gewalttat von Genf zusammenstehen und alles, was sonst Deutsche von Deutschen trennt, wenigstens für den Augenblick zurückstellen wollte. Dr. Wirth hat jetzt die Aufgabe, das ganze Volk für deutsches Recht, für deutsches Gut und Blut, für die deutsche Zukunft einzusehen.

#### Der Teilsungsplan.

##### Das Genfer Gutachten über Oberschlesien.

Wenn auch die endgültigen amtlichen Meldungen über die Beschlüsse des Völkerbundsrates noch nicht bei der deutschen Regierung eingegangen sind, so liegt doch eine Reihe von Mitteilungen aus Genf vor, aus denen man ein ziemlich deutliches Bild der bevorstehenden Entscheidung gewinnen kann, an dem sich leider kaum noch etwas Erhebliches ändern dürfte. Der Völkerbundsrat hat im wesentlichen die französisch-polnische These akzeptiert und empfohlen, Oberschlesien nach einer Grenzlinie auseinanderzureißen, die sich als eine Verbindung der ersten mit der zweiten Silesianische erweist.

Polen erhält die Bezirke Plesch und Rybník, sowie weiter nördlich einige Streifen der Kreise und Königshütte mit Einschluss aller wichtigen Städte und endlich den Kreis Beuthen.

Deutschland verbleibt die Stadt Beuthen selbst, der andere Teil des Kreises Beuthen und die Kreise Gleiwitz und Hindenburg.

Ferner kam man zur Annahme des Sachverständigen-Vorschlags, das Industriegebiet als autonomes Wirtschaftsprovinz zu konstituieren, unter polnischer Staatsoberhoheit auch über dieses Gebiet.

Man hat erkannt, daß das deutsche Element nicht ausgelöscht werden kann, wenn anders eine wirtschaftliche Katastrophe vermieden werden soll. Darum soll Deutschland sich nun dazu vergeben, während eines Übergangsregimes, dessen Dauer man auf zehn Jahre zu bemessen gedenkt, den französischen Polen zu spielen.

Wirtschaftlich bleibt das Industriegebiet ungeteilt, politisch wird es Polen zugeschlagen. Die Dreiteilung kommt einer glatten Spaltung des oberschlesischen Landes gleich.

#### Der Grundfehler des Beschlusses.

Die Eigenartlichkeit des für Deutschland unerträglichen Genfer Beschlusses liegt in der Trennung der politischen und der wirtschaftlichen Bestimmungen. Die politische und die wirtschaftliche Grenze sollen nicht zusammen. Hinzu kommt, daß für eine Übergangszeit eine Art selbständiger Miniaturstaat geschaffen wird. Dieses Ergebnis erklärt sich aus der Methode, nach der es gefunden wurde. Der Völkerbundsrat ist nicht von vornherein bei der Auffassung seiner oberschlesischen Pläne gleichzeitig von politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgegangen. Er hat vielmehr damit begonnen, unter rein politischen Gesichtspunkten eine Teilung des oberschlesischen Industriegebietes vorzunehmen. Dann erst ist das fertige politische Projekt an die beiden wirtschaftlichen Sachverständigen des Völkerbundsrates mit dem Auftrag übergeben worden, sich gutachterlich darüber zu äußern. Beide fanden nach kurzer Prüfung zu dem Ergebnis, daß diese politische Aufteilung wirtschaftlich eine Unmöglichkeit darstelle.

Sie haben dann vorgeschlagen, ein besonderes Wirtschaftsgebiet Oberschlesiens zu schaffen, das aus dem bisher zu Deutschland gehörigen oberschlesischen Industriegebiet und dem angrenzenden polnischen Koblenzen sich zusammensetzen. Dieses neue Gebilde soll die deutsche Währung beibehalten, seinen Anteil an der Reparation tragen und eine wirtschaftliche Generalverwaltung erhalten, die aus je einem Tschechoslowaken, Polen und Deutschen besteht.

Diese Grundlagen für die Entscheidung des Völkerbundsrates sehen also nicht einen Ausgleich der politischen Interessen gegenüber der wirtschaftlichen Notwendigkeit vor, sondern stellen ganz unvermittelte eine politische Teilung und eine wirtschaftliche Zusammensetzung nebeneinander.

#### Die Veröffentlichung.

Es ist wahrscheinlich, daß der Völkerbundrat seine Entscheidung in der oberschlesischen Frage den alliierten Regierungen am Donnerstag mitteilen wird. Diese werden die Entscheidung noch einige Tage lang geheimhalten, um der Interalliierten Kommission zu ermöglichen, alle zweckdienlichen Maßnahmen vor der Bekanntmachung der Grenze zu ergreifen. Man glaubt nicht, daß vor Beginn der nächsten Woche die Hauptmächte, die im Obersten Rat vertreten sind, die Entscheidung Polen und Deutschland durch Polen bekanntgeben werden.

Wie es heißt, ist der englische Delegierte, Lord Balfour, entschlossen, noch einmal zu den prinzipiellen Fragen der Entscheidung Stellung zu nehmen. Es kann also mit einer erneuten Verzögerung der letzten Beratungen gerechnet werden.

### Regierungskrisis.

#### Die Folgen der Genfer Beschlüsse.

Obwohl naturgemäß vor dem Eintreffen feststehende und beschlüßliche amtliche Nachrichten über die Völkerbundsschluß auch noch keine Beschlüsse der deutschen Regierung in bezug auf die Folgerungen gefasst werden können, die aus einem eventuellen Verlust wichtiger Teile Oberschlesiens gezogen werden mühten, so befinden wir uns doch bereits mitten in dem Zustande, den man als Regierungskrisis zu bezeichnen pflegt. Das Reichskabinett hat mehrere Sitzungen hintereinander abgehalten, und es kann bereits jetzt als ziemlich sicher angesehen werden, daß bei einer ungünstigen Genfer Entscheidung das Kabinett zurücktritt,

da es dann die Erfüllung des Wiedergutmachungstutums nicht übernehmen zu können glaubt. Der Reichskanzler hat bereits mit den sozialdemokratischen Parteiführern die Frage seiner Demission besprochen.

#### Für und gegen.

##### Blätterstimmen zur Regierungskrisis.

Die im Anschluß an die Genfer Beschlüsse sofort aufgekauften Meldungen von den Rücktrittabsichten der Regierung finden in der öffentlichen Meinung eine sehr geteilte Aufnahme.

Die parteilos- und -politisch Zentrum-Parlamentskorrespondenz schreibt: „Das Kabinett Wirth hat alles getan, um die dem Deutschen Volke auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen und damit in der Praxis den Willen zur Erfüllung zu beweisen. Die Regierung Oberschlesiens in dem ganzen Umfang, der geplant scheint, erschüttert diese ganze Politik. Mit dem Sturz des Kabinetts Wirth wäre aber auch die Koalition selbst kaum noch aufrecht zu erhalten, wenigstens nicht mit einem Erfüllungsprogramm.“

Die sozialistische Korrespondenz ist gleichfalls der Ansicht, daß bei einer Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland das Ultimatum vom 10. Mai d. J. nicht mehr zu erfüllen sei.

In der den Demokraten nahestehenden *Vossischen Zeitung* wird darauf hingewiesen, daß für die Regierung jetzt ganz und gar kein Grund zum Rücktritt besteht, daß sie im Gegenteil gerade jetzt am Ruder bleiben müßte. Es ist unter den gegebenen Umständen die politische Pflicht des Reichskanzlers, selbst im Falle einer ungünstigen Entscheidung des Völkerbundes auf keinen Fall seine Demission zu geben, ohne daß Parlament befragt zu haben. Es kommt dabei in Betracht, daß die Entscheidung des Völkerbundes, ja selbst die Entscheidung des Obersten Rates, keineswegs von Deutschland widersprüchlich hingenommen werden braucht, da sie nicht dem Friedensvertrag entspricht.

Einen ähnlichen Standpunkt nimmt die unabhängige Presse ein. Diese sagt: „Wie glaubt man es denn überhaupt verantworten zu können, die Regierung in einer Krise zu stürzen, also handlungsfähig zu machen in dem Moment, wo sie umgekehrt mit größtem Nachdruck handeln müßte? Es ist rein dekorative Politik, die da wieder einmal getrieben wird. Es ist zugleich auch unverantwortliche Politik.“

#### Der Widerhall von Genf.

##### Proteste und Parteimeinungen.

Im ganzen Reich haben die Nachrichten von der Entscheidung über Oberschlesien tiefste Empörung hervorgerufen. Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat ein Telegramm an den Reichskanzler gesandt, in dem erklärt wird: Das Zentrum, die demokratische und die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens haben von sich aus dem Reichskabinett ihren Standpunkt selbstständig dargelegt, daß ein Verbleiben ihrer Parteivertreter im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für unabsehbar halten. So denkt aber auch der Deutsche Ausschuss in seiner Gesamtheit, in dem in volliger Einigkeit alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen ständischen Körperchaften Oberschlesiens vertreten sind. Wir fordern unser Recht, wir fordern aber auch von dem Reich, daß es unser Recht versteht.

„Reichskanzler werde hart! Wir sind hart!“

Die in der sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellten in einem besonderten Telegramm an den Vorsitzenden des Deutschen Reichsregierung zu beantragen, daß einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Amtsträger im Reichskabinett niedergelegt werden.

Auch aus anderen Parteigruppen, so von den Deutschen Nationalen, dem Zentrum und den Demokraten sindflammende Protesttelegramme beim Reichskanzler eingegangen. Die Stadt Breslau ruft ihre gesamten Einwohner angesichts der großen Beunruhigung durch die Genfer Nachrichten für Freitag zu zwei großen Kundgebungen auf.

#### Politische Rundschau.

##### Deutsches Reich.

###### Die Umsatzsteuer im Reichswirtschaftsrat.

Bei der Beratung der neuen Umsatzsteuer im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates wurde eine völlige Umgestaltung der Lugssteuer gefordert. Der





